

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatlich. Einzelne Nr. 30 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile ober deren Raum im Anzeigensatz 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile ober deren Raum im amtlichen Teile 6 M., unter Eingeladn 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabgleich der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 303

Freitag, 30. Dezember

1921

Dresden, 29. Dezember.

## Die Regierung und die Steuerentwürfe.

(Eigene Meldung.)

Wie wir zuverlässig hören, wird Dr. Witt einige Tage vor Wiederzusammentritt des Reichstags die Führer der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und auch der Deutschen Volkspartei zu einer Besprechung einladen, um ihnen nahezu legen, sich über ein Kompromiß über die Steuerentwürfe zu einigen. Er wird dabei auch auf die schwierige außenpolitische Lage und darauf hinweisen, daß die ganze Politik der Regierung in letzter Zeit von dem Gesichtspunkt ausgegangen sei, daß eine Balancierung des Etats durch die Steuern erfolgen werde. Wenn es auch nicht gelingt, bis zur Steuerberatung die große Koalition zu schaffen, so ist der Reichsanwalt doch davon überzeugt, daß es ihm gelingen werde, die genannten Parteien zu einem Kompromiß in der Steuerangelegenheit zusammenzuführen.

## Die Reparationskots.

Frankreich: Stätter teilen mit, daß die Reparationskommission sich mit einem außerordentlichen Besuchs Deutschland in der Lieferung von Kohle beschäftigt habe. Die regelmäßige Lieferung von 15 000 Tonnen pro Tag sei seit dem 15. Dezember auf 9 bis 10 000 Tonnen zurückgegangen. Die Mitteilung spricht von einer dritten Verschickung Deutschlands, die hierdurch festgesetzt werde. Die erste Verschickung zitierte vom Juni 1920 vor der Konferenz von Spa, die zweite gehe auf den Monat März 1921 zurück, als die deutsche Regierung die erste Milliarde Goldmark, die auf Grund des Versailler Vertrages als Rückzahlung der Summe von 12 Milliarden verlangt wurde, nicht bezahlte habe. Das „Echo de Paris“ fügt der Nachricht hinzu, es sei angedeutet, am Vorabend der Konferenz von Genes den schlechten Willen Deutschlands noch einmal öffentlich festzustellen.

Von unterrichteter Seite wird hierzu folgendes bemerkt:

Zum Erfolg des Ende November einsehenden starken Großes sind bekanntlich erhebliche Leistungen in der Wagnisstellung im Ruhrrevier eingeleitet, die zu einem ungewöhnlichen Anwachsen der Halbenbekände und zu außerordentlichen Erleichterungen der laufenden Kohlenversorgung auch des Inlandes geführt haben. Hiermit können auch die trotz des Weichheitsvertrages in einigen Bezirken getroffenen Einschränkungen des Personenverkehrs zusammen. Die Rückwirkung dieser lediglich durch höhere Gewalt herbeigeführten Verhältnisse auf die Wirtschaftslieferungen an die Almetten konnte nicht ausbleiben. Es mußten davon auch die auf Wunsch der französischen Industrie seit dem Herbst in verstärktem Maße angeforderten Kohlenlieferungen betroffen werden. Die tatsächlichen Kohlenlieferungen seit dem 15. Dezember erreichen jedoch fast 12 000 t neben rund 30 000 t Kohle täglich. Die zuständigen Reichsministerien haben sofort eingegriffen. Die getroffenen Maßnahmen: Zurückstellung anderer Lieferungen auf die Gefahr von Arbeitseinstellungen in der heimischen Industrie, Bestellung von Transportmitteln, Feiertagsarbeit usw. haben nach dem heute vorliegenden Meldungen den Erfolg gehabt, daß das Lieferoll an Kohle im Durchschnitt des 25., 26. und 27. Dezember voll erreicht worden ist. Am 27. Dezember sind nicht weniger als 43 792 t Kohle verladen worden. Die Reparationskommission ist durch die Deutsche Kriegskostenkommission über die Bemühungen der Deutschen Regierung, die vorliegenden Schwierigkeiten zu überwinden, fortlaufend unterrichtet worden. Es wird überdies Gelegenheit sein, bei den für den 3. Januar in Aussicht genommenen Verhandlungen über die weiteren Lieferprogramme und über die Ausfuhrfrage noch einmal von der Reparationskommission gewünschte Ausführungen zu geben. Die Veruche, eine vernünftige Lösung der Reparationsfrage, um die sich gegenwärtig alle beteiligten Mächte bemühen, nach dem Vorbild von Spa durch Schaffung von Schwierigkeiten in der Kohlenfrage zu fördern, dürfen daher ohne Erfolg bleiben. Von Deutschland sind auch die beiden ersten angebotenen Verschickungen niemals anerkannt worden.

## Das Hilfswert der Landwirtschaft

Der Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, v. Braun, Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates, nimmt zur Frage des Hilfswertes der deutschen Landwirtschaft in den nachfolgenden Ausführungen Stellung:

Schon während des Krieges und vor allem nach unserem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch wurde die landwirtschaftliche Produktionssteigerung als wichtigste Maßnahme von allen Kreisen der Landwirtschaft erkannt und gefordert. Der Durchführung eines wirklich großzügigen Produktionsprogramms stand bisher eine so weitgehende Versäumnislosigkeit aller nichtlandwirtschaftlichen Kreise, einschließend der maßgebenden Stellen, gegenüber, daß wir untätig zusehen mußten, wie unsere gesamte Volkswirtschaft und unsere Staatsfinanzen durch eine mit Goldbesitzen abgubende Lebensmittelfuhr immer tiefer in eine passivse Bilanz hineintrüb. Die Verhältnisse liegen heute im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich ungünstiger. Welche landwirtschaftliche Überschussgebiete haben wir verloren, gleichzeitig eine erhebliche Einbuße in der allgemeinen Ertragsfähigkeit der Böden und der Viehbestände erlitten. Die Aufhebung der drückendsten Zwangswirtschaftsregeln hat hieran nur wenig zu ändern vermocht. Das nur sehr durchschnittlich befriedigende Erntergebnis treibt uns einer Ernährungsnotwendigkeit mit zunehmender Schnelligkeit entgegen. Ich hoffe daher, daß man auch in den Kreisen der Konsumenten Verständnis gewinnen wird für das Hilfswert der Landwirtschaft. Auf der einen Seite bedeutet es die erhebliche Herabminderung der Abhängigkeit der Volkswirtschaft und unserer Staatsfinanzen vom Goldbesitzmarkt zur Bestreitung der dringendsten Lebensbedürfnisse, auf der anderen Seite, und hierauf lege ich besonders Gewicht, die Erleichterung der Lebenshaltung unserer schwer arbeitenden Industriearbeiter und des notleidenden Mittelstandes.

Warum tritt die Landwirtschaft gerade in diesem Augenblick an die Öffentlichkeit? Die außenpolitische Entwicklung und das Schwanen unserer Valuta hat uns einer völligen politischen und wirtschaftlichen Isolierung nahegebracht, ohne daß die Öffentlichkeit dies heute noch in vollem Umfang verstanden hat, und wie sie schlimmer die Kriegskredite nicht mit sich bringen konnte. Das furchtbare Wort von den „zwanzig Millionen Menschen zu viel im Herzen Europas“ könnte entsetzliche Wirklichkeit werden. Mit letzter Kraft versuchten wir, die unmöglichen Entschädigungsforderungen zu erfüllen. Zur Abdeckung der Goldschuld wurden sogar die Lebensmittelmittel herangezogen. Für die Führer der deutschen Landwirtschaft war dies ein Sturmzeichen. Seit diesen Tagen ist unabhängig von den in der Öffentlichkeit herumwirrenden Gerüchten von Anleiheplänen und Aktionen von uns gearbeitet worden, und als es sich zeigte, daß uns das Wasser an der Kehle stand und uns nur

noch die Hoffnung auf unsere eigene Leistung blieb, waren wir mit unseren Vorbereitungen fertig.

Was bedeutet die Produktionssteigerung für die Landwirtschaft?

In erster Linie handelt es sich um die Beschaffung der gewaltigen Kredite, die wir zu diesem Werke benötigen; wir nehmen ferner das große Risiko auf uns, welches in der Ungeklärtheit der wirtschaftlichen Verhältnisse und in der Schwierigkeit innen- und außenpolitischen Gesamtziele liegt. Wir bedürfen dazu der weitestgehenden Unterstützung von seiten der Reichsregierung und der übrigen Berufsstände. Wir halten neue gesetzliche Grundlagen für die Wirksamkeit unserer Selbstverwaltung und für die Kreditbeschaffung für notwendig. Wir brauchen die weitestgehende Unterstützung der Industrie in bezug auf Versorgung mit Düngemitteln, Vermehrung und Verbesserung der Maschinenanwendung, Kupferanwendung aller technischen Erzeugnisse. Verhandlungen sind in dieser Hinsicht schon im Gange. In der Beschaffung des Kunststücker sind wir von der Leistungsfähigkeit der betreffenden Industrien abhängig, ebenso in dem sehr ausdehnungsfähigen Einsatz von Maschinen. Vor allem aber bedürfen wir der ehelichen Zustimmung aller Berufsstände, um der deutschen Landwirtschaft die Arbeitsfreude zu erhalten.

Welche sofort wirksamen Einzelmaßnahmen sind von der Landwirtschaft ins Auge gefaßt?

Die zunächst zu ergreifenden Maßnahmen liegen in der Mäßigung von Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Herabminderung der Selbstverwaltungsbefugnisse und die Bildung einer Kreditgemeinschaft. Die landwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper werden jedoch für ihre Bezirke in möglichst weitgehender Dezentralisation, wie es bereits jetzt in einzelnen Landesstellen in Angriff genommen worden ist, die rationelle Düngerverwertung, Saatgutauswahl, Schädlingsbekämpfung und eine Reihe weiterer technischer Maßnahmen einzuleiten haben. Im übrigen schweben Verhandlungen über die Verbilligung und Erleichterung der Nahrungsmittelversorgung. Aus dem Gange der bisherigen Verhandlungen und privaten Besprechungen mit Vertretern der Berufsstände und der Regierung habe ich den Eindruck gewonnen, daß heute, wenigstens in der Theorie, volles Verständnis für die Bedeutung des Hilfswertes besteht. Die heutige wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft ist infolge der Abnutzung ihrer Betriebsmittel und der Auszehrung des Bodens lediglich eine Scheinblüte. Allein für 20 Milliarden müssen wir mehr als bisher an Düngemitteln in den Boden hineinstecken. Die deutsche Landwirtschaft muß mit allem Nachdruck die Forderung auf eine rein sachliche wirtschaftspolitisch geführte Diskussion der Berufsstände unter sich und auf eine Unterstützung durch die Reichsregierung erheben.

Von einer dritten Verschickung kann somit weder sachlich noch formell die Rede sein.

Es liegt noch die folgende Pariser Meldung vor:

Paris, 29. Dezember. Die „Liberté“ erzählt, hat die Reparationskommission sich in ihrer gestrigen Sitzung nicht mit der Frage der deutschen Kohlenlieferungen beschäftigt. Über diese Frage wird erst in einer späteren Sitzung beraten werden.

## Die Wiederaufrichtung des Handels in Rußland.

Paris, 29. Dezember. Über den Zweck der morgen beginnenden Beratungen der alliierten Sachverständigen aus Handels-, Industrie- und Finanzkreisen schreibt der „Matin“: Es handelt sich um die Schaffung eines Konsortiums zur Wiederaufrichtung des Handels in Rußland. Es sei ein reines Privatunternehmen. Die Regierungen würden sich begnügen, das Unternehmen zu unterstützen und zu kontrollieren. Es würden aber keine Staatsgelder dafür aufgewendet werden. Die Amerikaner sollen aufgeführt werden, an dem Unternehmen, das sich nicht allein auf Rußland beschränkt, sondern alle Fragen bearbeitet werde, die Mittelmeer betreffen, teilzunehmen. Auch

den Deutschen wird die Beteiligung gleich den anderen Großmächten angeboten werden, jedoch unter der Bedingung, daß die Hälfte des deutschen Kapitals zur Reparationszahlung verwendet wird. Diese Konferenz und dieses Konsortium mit Privatkapital habe nichts zu tun mit der internationalen Konferenz zur Gründung der Wechselkurse, die Anfangs Februar vermutlich in Genf zusammentreten wird. An dieser Konferenz wird jedenfalls auch Rußland teilnehmen.

## Die Unruhen in Ägypten.

London, 29. Dezember. Reuters berichtet über die Lage in Ägypten: In Suez ist bekanntgegeben worden, daß Flugzeuge auf Anfallungen Rauchbomben werfen würden. Wenn die Leute sich dann nicht zerstreuten, würden die Flugzeuge Granaten abwerfen und mit Maschinengewehren feuern. Der Postdienst ist wegen der gegenwärtigen Lage auf Kairo beschränkt worden. Die „Egyptian Gazette“ und das Blatt „Nai-Klei“ sind verboten worden. Der Unterrichtsminister hat alle Regierungsschulen geschlossen.

## Das neue Sachsen.

Von Wilhelm Bud, sächsischer Ministerpräsident.

In der heutigen Morgenausgabe des „Berliner Tageblattes“ veröffentlicht der Hr. Ministerpräsident Bud einen feierlichen Aufsatz mit dem Titel „Das neue Sachsen“. Wir geben ihn nachfolgend im Wortlaut wieder. D. Schrift.

Unter den deutschen Freistaaten ist wohl keiner, der so wie das industrielle Sachsen nach dem Zusammenbruch des alten Deutschland erschüttert und wirtschaftlich am meisten in Mitleidenschaft gezogen wurde. Auf einem Gebiet von rund 15 000 qkm wohnten 1910 4 806 661 Menschen, von denen nur 11,9 Proz. der erwerbstätigen Bewohner in der Landwirtschaft tätig sind gegen 66,3 Proz. in Industrie und Gewerbe, 13 Proz. in Handel und Verkehr, 5,6 Proz. als Beamte und freie Berufe. Dazu kommen noch 13,2 Proz. Rentner, Anhaltensbesitzer, Beruflose usw. Aus diesen Zahlen ergibt sich die Struktur des Landes und erklären sich die Schwierigkeiten, die während des Krieges und in der Nachkriegszeit kaum zu meistern waren.

Sachsens weltbekannte Industrie war zum größten Teil auf den Export eingestellt, alle Berufsgruppen sind daran beteiligt. Die nach dem Zusammenbruch eintretende Arbeitslosigkeit hatte in Sachsen, das nur 7,8 Proz. der deutschen Bevölkerung zählte, bis zu 30 Proz. der im Frühjahr 1920 in Deutschland gezählten Arbeitslosen erreicht, dazu die Ernährungsnotwendigkeiten, die sich aus der im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung geringen landwirtschaftlichen Anbaufläche erklären, haben für die Staatsregierung und die Gemeinden Belastungen und Arbeiten ergeben, die nur durch ausdauernde Tätigkeit aller in der öffentlichen Verwaltung Wirkenden getragen werden konnten.

Die von den vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenräten Sachsens am 14. November 1918 berufenen sechs Volksbeauftragten übernahmen am 15. November von den früheren Ministern die Regierungsgeschäfte. Durch die Übernahme dieses Amtes haben die Volksbeauftragten das Versprechen gegeben, den Versuch zu machen, das strebende Braut des Staates durch die Bogen der Erzeugung und durch die Klappen der Leidenchaften hindurchzuführen, die Aufbaumarbeiten vorzunehmen und den Aufbau des neuwiedererstandenen Staates vorzubereiten.

Am 2. Februar 1919 wurde die Volkammer für den Freistaat Sachsen gewählt. 42 Sozialdemokraten, 22 Demokraten, 15 unabhängige Sozialisten, 13 Deutschnationale und 4 Deutsche Volksparteiler zogen in das erste Parlament der Republik ein. In 154 Sitzungen hat die Volkammer bis zum 28. Oktober 1920 ihre Aufgaben erledigt, unter diesen als vornehmste die Schaffung einer Verfassung und eines Landeswahlgesetzes. Die Verfassung wurde nach unwesentlichen Änderungen des Regierungsentwurfes in der 152. Sitzung am 26. Oktober einstimmig angenommen. Am 14. November 1920 fanden die Wahlen zum Landtag nach dem ebenfalls einstimmig angenommenen Landeswahlgesetz statt, die ein anderes Resultat als die noch unter dem frischen Eindruck der Kriegzeitleiden und des Zusammenbruchs erfolgten Volkammerwahlen ergaben. 27 Sozialdemokraten, 20 Deutschnationale, 18 Deutsche Volksparteiler, 13 unabhängige Sozialdemokraten, 9 Kommunisten, 8 Demokraten und ein Zentrumsmann wurden 1920 gewählt, ein Resultat, das den Politik nicht überstufte.

Bei den Volkammerwahlen 1919 hatten Hunderttausende von politisch ungeschulten Wählern sozialistisch und demokratisch gewählt in der Erwartung, daß es nunmehr gelingen werde, in kurzer Zeit den durch den Krieg erzeugten gewaltigen Verlust an wirtschaftlichen und moralischen Werten auszugleichen, eine Erneuerung, die naturgemäß nicht in Erfüllung gehen konnte. In Deutschland sind über vier Jahre lang 11 Millionen Männer zum Kriegsdienst eingezogen, 7 Millionen Männer und Frauen waren dieselbe Zeit in der Kriegsindustrie beschäftigt, der Verlust der produktiven Tätigkeit von 18 Millionen Menschen in vier Jahren, das gewaltige Minus an Werten kann nur in jahrzehntelanger, mühevoller gemeinsamer Arbeit ausgeglichen werden, nicht in Monaten oder ein bis zwei Jahren. Die nicht nur in Sachsen vor-